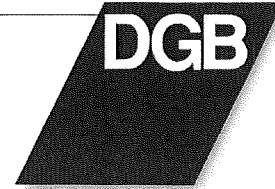


Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Hessen-Thüringen

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2874
zu Drs. 7/7451/8029



**Den Mitgliedern des
AfWWDG**

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digi-
tale Gesellschaft

THÜR. LANDTAG POST
24.08.2023 06:30

21858/2023

- Versand per Mail -

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zu den Gesetzentwürfen

23. August 2023

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht, Gesetzentwurf der Frak-
tion der CDU - Drs. 7/7451 -**

und

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Frak-
tionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/8029 -**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der DGB Hessen-Thüringen bedankt sich für die Gelegenheit, zu den oben
genannten Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen.

A) Vorbemerkung

Die beiden Gesetzentwürfe zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
(ThürVgG) unterscheiden sich im Ziel und den vorgesehenen Änderungen
deutlich. Die Änderungsvorschläge beziehen sich auch nur in wenigen Fällen
auf dieselben Textstellen. Daher nehmen wir zu den Gesetzentwürfen nach-
einander Stellung.

Das Ziel einer Verfahrensvereinfachung durch die stärkere Digitalisierung
des Vergabeverfahren teilen wir. Verfahrensvereinfachungen sind zu begrü-
ßen, wenn damit Zeit und Ressourcen gespart werden können, ohne andere
politische Ziele und sozial-ökologische Standards zu unterlaufen. Die Digita-
lisierung von Verwaltungsverfahren ist generell sinnvoll und unterstützens-
wert. Die flächendeckende Verfehlung der Ziele der Onlinezugangsgeset-
zes durch Bund und Länder zeigt aber auch, dass Verwaltungsdigitalisierung
äußerst komplex ist.

Vorangegangene politische Diskussionen und Anhörungen u. A. zu Drs.
7/2209 und Drs. 7/4084 haben jedoch zeigt, dass Bürokratieabbau in Thürin-
gen oft als Standardabbau missverstanden wird. **Den Abbau von Schutz-
standards für Arbeitnehmer*innen lehnen wir entschieden ab.** Damit und
wenn die Vorgabe sozialer und ökologischer Kriterien bei der Vergabe öffent-
licher Aufträge erschwert wird, läuft der Gesetzgeber Gefahr, Maßnahmen

auf den Feldern Sozialpolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Umweltpolitik zu konterkarieren, die bisher aus unserer Sicht Konsens unter den demokratischen Parteien waren.

B) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drs. 7/7451

Die Fraktion der CDU lehnt ihren Gesetzentwurf eng an die Schlussforderungen des Evaluationsgutachtens zum Thüringer Vergabegesetz an.

Das „Gutachten zur Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVgG) vom 30. Juli 2019 zu zentralen Punkten“ aufgrund eines Beschlusses des Thüringer Landtages (Drucksache 7/4963) von Februar 2022 wurde durch die Wegweiser Research & Strategy GmbH, Berlin, im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft erstellt. Wir betrachten es allerdings nur als beschränkt aussagefähig. Befragt wurden lediglich Vergabestellen und Unternehmen, die öffentliche Aufträge im Land Thüringen ausführen. Dies ist verkürzt, da die Perspektive der Zivilgesellschaft, für die öffentlichen Leistungen ja erbracht werden, fehlt.

Es geht bei der Erledigung öffentlicher Aufträge nicht nur um die technische Abwicklung bspw. der Errichtung eines Bauwerks oder der Erbringung von Reinigungsleistungen. Die öffentliche Vergabe ist Teil politischen bzw. staatlichen Handelns und die Folgewirkungen müssen umfassend betrachtet werden. Dies spiegelt sich im Vergaberecht durch die Aufgabe des Begriffs der „vergabefremden Kriterien“. Stattdessen wird unter der Überschrift „strategische Vergabe“ anerkannt, dass mit einer Vergabe verfolgte soziale und ökologische Ziele bzw. Ziele der Wirtschafts- oder Innovationsförderung ebenso integrale Bestandteile des mit der Vergabeentscheidung verfolgten Gemeinwohlziels sind wie der Nutzen, der bspw. durch das zu errichtende Bauwerk selbst gestiftet wird. Leider wird dies sowohl durch die Fragestellung als auch im Gutachten selbst verkannt bzw. ignoriert.

Die tatsächlich relevante Frage lautet: Wie kann das Vergaberecht so ausgestaltet werden, dass die Potentiale der öffentlichen Auftragsvergabe für eine sozial, ökologisch und ökonomisch erfolgreiche Gesellschaft optimal genutzt werden?

Zur Bewertung im Einzelnen:

Zu Nr. 1 a)

Der Anwendungsbereich des Thüringer Vergabegesetzes soll eingeschränkt werden. Das ist abzulehnen, zumal kein Bedarf ersichtlich ist.

Abgefragt wurden im Evaluationsgutachten die Erfahrungen mit der „Corona-Regelung“, erlassen entsprechend der Verordnungsermächtigung in 1 Absatz 2 Satz 2 ThürVgG. Die Verordnungsermächtigung betrifft die *Auftragswertgrenzen* bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Beschränkten Ausschreibung, einer Verhandlungsvergabe oder einer Freihändigen Vergabe nach den Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und der Unterschwellenvergabeordnung.

Diese erhöhten *Auftragswertgrenzen* sollen nach den Ergebnissen der Befragung beibehalten werden. Die *Anwendungswertgrenzen* nach § 1 Abs. 1 sind davon aber unberührt. Wieso die Empfehlung im Gutachten davon abweicht, konnte nicht geklärt werden. Für Auftragnehmer und Auftragsgeber war es offenbar nicht problematisch, dass sich die Werte in § 1 Abs. 1 und in der Verordnung nach Abs. 2 Satz 2 unterscheiden. Der Anwendungsbereich in Abs. 1 ist daher beizubehalten. Die Änderung der *Auftragswertgrenzen* für einzelne Vergabearten (Art. 1 Nr. 1 b), die in der Befragung befürwortet wurde, ist aus gewerkschaftlicher Sicht möglich.

Zu Nr. 2-6

Durch alle Debatten zum Vergaberecht zieht sich die Frage der „Rechtssicherheit“ von Vergabeentscheidungen. Auf den ersten Blick scheint es logisch, „Verschlankung und Entbürokratisierung“ durch die Straffung des Gesetzestextes zu erreichen. Aus der Praxis werden aber als große Probleme die Komplexität und mangelnde Übersichtlichkeit des Vergaberecht berichtet.

Im vorliegenden Entwurf werden großzügig gut verständliche Paragraphen gestrichen bzw. zusammengefasst, die die Handlungssicherheit der Vergabestellen und auch der ausführenden Unternehmen verbessern sollen, indem die Anwendung von sozialen, ökologischen bzw. innovationsfördernden Kriterien auf den jeweiligen Stufen des Vergabeverfahrens konkret beschrieben werden. Es trifft zu, dass die jeweiligen Sachverhalte auch an anderer Stelle geregelt sind. Es leuchtet aber nicht ein, dass die Rechtsanwendung vereinfacht wird, wenn zusätzlich zum ThürVgG weitere unbenannte Rechtsquellen von erheblichem Umfang heranzuziehen sind.

Eine „Vereinfachung“ ist nur zu erwarten, wenn Anwender*innen die Änderung dahingehend verstehen, dass auf die Beschaffung von Open-Source-Software und umweltbezogene sowie Aspekte sowie die über gesetzliche Mindeststandards hinausgehende Umweltverträglichkeit weitgehend verzichtet werden soll. Dies legen die Prioritätensetzung in § 4 NEU und die Streichung von § 8 (Nr. 5) nahe. Zudem fällt auf, dass in § 4 Abs. 1 Satz 1 NEU „soziale Belange“ zwar benannt, aber nicht weiter bestimmt werden.

Die vorgesehene Aufhebung von § 8 kann außerdem nicht aus den Antworten abgeleitet werden. Der niedrigste Preis als wesentliches Zuschlagskriterium – mit Preissteigerungen nach der Vergabe, nicht auskömmlichen Angeboten und Erfolglosigkeit von seriös kalkulierenden Bietern sowie der Vernachlässigung von Qualität und Regionalität – wird als wesentliches Problem im Vergabeverfahren benannt. Wenn fehlende Angebote bei Ausschreibungen liegen auch daran, dass die öffentliche Hand die Preise drückt.

Zu Nr. 7 a) und b)

Gestrichen wird jeweils „sich verpflichtet haben“. Die Vergabevoraussetzungen bleiben unberührt. Wenn es hier und im Folgenden um das Formblätterfordernis geht, ist die Änderung unnötig. Das Formblatt ist nicht gesetzlich normiert.

Zu Nr. 7 c)

Die Formulierung in Satz 1 ist kaum verständlich und wir raten dringend davon ab, dies so zu beschließen. Der Gesetzeswortlaut ist mindestens widersprüchlich. Da sich auch aus der Begründung nichts anderes ergibt, vermuten wir, dass die vorhandene Tariftreueregelung erhalten bleiben soll. Die vorgeschlagene Formulierung macht eine schwer handhabbare gesetzliche Anordnung allerdings noch schlechter.

Bei § 10 Abs. 4 Satz 2 und 4 NEU handelt es sich wohl um ein Redaktionsversehen. Selbst wenn die Intention der antragstellenden Fraktion geteilt wird, ist kein Änderungsbedarf ersichtlich.

Zu begrüßen ist, dass die Antragstellerin einen vergabespezifischen Mindestlohn vorschlägt, der deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Das ist tatsächlich zwingend erforderlich.

Allerdings sind auch 13,50 Euro zu gering. Seit der Veröffentlichung des Evaluationsgutachtens 2022 ist ca. ein Jahr vergangen. Die Preise liegen im Juli 2023 um 6,2 Prozent über den Preisen des Vorjahresmonats. Dabei sind Beziehende kleiner Einkommen stärker von der Inflation betroffen, da sie anteilig mehr von ihrem Einkommen für Lebensmittel und Energie/Kraftstoffe ausgeben. **Wir haben deswegen bereits gegenüber dem Gutachter einen vergabespezifischen Mindestlohn i. H. v. 14,36 € pro Stunde für das Jahr 2023 vorgeschlagen. Diesen Betrag halten wir weiterhin für erforderlich.**

Zu Nr. 7 d)

Im Gegensatz zu der Erläuterung in der Gesetzesbegründung, wonach Bestimmungen zum Nachunternehmereinsatz „inhaltlich weitestgehend erhalten“ seien, wird die Nachunternehmerhaftung hier tatsächlich gestrichen. Vorsehen ist, dass das Unternehmen, das den öffentlichen Auftrag erhalten hat und diesen oder Teile davon an einen Nachunternehmer weitergibt, nicht mehr für die dortigen Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von § 10 ThürVgG bei der Auftrags erledigung verantwortlich sein soll. Das unterläuft die Bestimmungen und ist nicht akzeptabel.

Zu Nr. 10

Es wird vordergründig normiert, dass Nachunternehmer die Pflichten aus dem vorliegenden Gesetz ebenfalls einzuhalten haben. Es ist aber völlig unklar, wie dies durchgesetzt wird. Es besteht keine vertragliche Beziehung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und dem Nachunternehmer. Der Aufnehmer, der den Zuschlag bekommen hat, soll explizit nicht mehr zuständig dafür sein, dass sein Nachunternehmer die Anforderungen aus dem ThürVgG einhält.

Allerdings ist § 7 Abs. 2 NEU widersprüchlich. Bei wörtlicher Auslegung ist das gesamte im Gesetz normierte Vergabeverfahren in gleicher Weise auf den Nachunternehmer anzuwenden.

Die Regelung kann nur ins Leere gehen und ermöglicht, Standards zu unterlaufen.

Zu Nr. 11

Normiert werden soll, dass der Auftragnehmer eine Eigenerklärung abgibt, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Sowohl die vorhandenen Formblätter als auch Eigenerklärungen gelten als ineffektiv und betrugsanfällig. Eigenerklärungen leisten i. d. R. keinen Beitrag zu fairen und effektiven Vergabeverfahren. Die im Evaluationsgutachten ebenfalls als Möglichkeit benannten vertraglichen Regelungen, verbunden mit Nachweispflichten und Vertragsstrafen, sind der Eigenerklärung vorzuziehen.

Der eigentliche Unterschied zur bisherigen Rechtslage ergibt sich in der Zusammenschau mit § 14 NEU (Nr. 17). Indem es keine Vertragsstrafen bei Verstößen gegen dieses Gesetz mehr vereinbart werden sollen, ist auch die Abgabe von Eigenerklärungen oder Formblättern unerheblich. Ein Verstoß hat ohnehin kaum Konsequenzen.

Unklar ist, welche Genehmigungen in Absatz 2 gemeint sind.

Zu Nr. 16 b)

Da die vertragliche Verpflichtung der Nachunternehmer gestrichen werden soll, können mögliche Werkverträge zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer zwar vorgelegt werden, es gibt jedoch keine Kontrollmöglichkeit, ob arbeitnehmerschützende Regelungen nach diesem Gesetz eingehalten werden. In Werkverträgen sind i. d. R. die Entgelte der Beschäftigten nicht aufgeführt.

Nr. 17 a) und b) zu § 14 (neu)

Die Streichung von Absatz 1 ist klar abzulehnen. Wenn die ohnehin sehr geringen Sanktionsmöglichkeiten gestrichen werden, führt der Gesetzgeber die in diesem Gesetz getroffenen Festlegungen ad absurdum. Der Auftragnehmer hat kaum Anreiz, die Eigenerklärungen sorgfältig und wahrheitsgemäß abzugeben.

Die Berechtigung zur Kündigung aus Absatz 1 NEU ist keine Sanktion, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Da es in der Praxis so gut wie keine Ausschlüsse aufgrund der Verletzung von Vergabebestimmungen gibt, sind wirksame und abschreckende Sanktionen, falls Verstöße im Einzelfall tatsächlich bekannt werden, umso dringender erforderlich. Auftraggeber beklagen bereits jetzt den Zeitaufwand und die Unmöglichkeit, mit den vorhandenen Ressourcen die Angaben der Bieter zu kontrollieren. Dieses Problem wird hier verstärkt. Nötig wären sehr viel mehr Kontrollen der Einhaltung der Vergabebedingungen.

C) Gesetzentwurf der Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Drs. 7/8029

Der DGB teilt die Problembeschreibung und begrüßt die Lösungsvorschläge, die im Gesetzentwurf enthalten sind. Besonders wichtig ist das Ziel, die Tarifbindung auch auf dem Wege der öffentlichen Auftragsvergabe zu erhöhen und die Tarifautonomie stärken, sodass durch die Sozialpartner gemeinsam gesetzte Standards wieder mehr Breitenwirkung entfalten. Dies ist erforderlich, denn wie richtig dargestellt ist Thüringen das Bundesland mit den zweitniedrigsten Löhnen bei den längsten Arbeitszeiten. Dabei ist die Bedeutung der Tarifbindung für die Einkommensbedingungen im Freistaat erheblich. Mit Tarifvertrag

wird 23 Prozent mehr verdient und selbst der bereinigte Unterschied zwischen tariflich geregelten und ungeregelten Arbeitsverhältnissen beträgt 11 Prozent. Nach wie vor verlieren tarifgebundene Unternehmen Aufträge an Dumping-Anbieter. Damit setzte die öffentliche Auftragsvergabe gute Arbeitsverhältnisse unter Druck und trägt zu einer allgemeinen Standardabsenkung bei.

Zur Bewertung im Einzelnen:

Zu Nr. 2

Die vorgesehene Errichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ist sehr zu begrüßen. Die Zurückhaltung bei der Anwendung von sozialen und ökologischen Vergabekriterien hat nach unserer Erfahrung viel mit der Unsicherheit der mit Vergaben befassten Beschäftigten und auch mit fehlenden Kapazitäten in den Vergabestellen zu tun. Zudem werden wichtige Infrastrukturmaßnahmen auch deswegen nicht umgesetzt, weil den dafür zuständigen kommunalen Stellen die Kapazitäten fehlen.

Das Evaluationsgutachten zeigt, dass die Mehrheit der mit Vergabeverfahren betrauten Beschäftigten nicht im Vergaberecht ausgebildet ist. Zudem legen die Zahlen nahe, dass die Zuständigen nur einen kleinen Teil ihrer Arbeitszeit mit Vergabeverfahren befasst sind und daher kaum einen Überblick über alle Möglichkeiten haben werden. Auch die im Evaluationsgutachten dokumentierten Freitextantworten legen Missverständnisse in Bezug auf das Vergaberecht nahe. Auch Auftragnehmer beklagen in verschiedenen Antworten die mangelnde Qualität der Ausschreibungen bzw. das Fehlen von strategischen und mittelstandsfreundlichen Vorgaben sowie die Tatsache, sodass ausschließlich der Preis bewertet wird.

Neben dem Aufbau der Beratungskapazitäten kann auch die Anhebung von verfahrensbezogenen Wertgrenzen (Nr. 1 zu § 1 Abs. 2) entlastend wirkend. Die Anhebung schränkt den Anwendungsbereich des Vergabegesetzes nicht ein. Sie kommt aber vor allem den Auftraggebern entgegen und entlastet die Vergabestellen von Verwaltungsaufwand. Damit schafft sie – theoretisch zumindest – mehr Zeit für die Beschäftigung mit den relevanten Fragen.

Die vorhandene allgemeine Regelung in § 2 Abs. 1 Satz 2 ist nicht ausreichend. Insoweit ist der Aufbau von Kapazitäten durch das Land erforderlich.

Zu Nr. 4

Wir begrüßen das Ziel der Fraktionen, die Tariftreueregelung klarzustellen und zu stärken. In der bisherigen Anwendung bzw. Nichtanwendung der Regelung aus § 10 Abs. 4 ThürVgG hat sich gezeigt, dass die aktuelle Formulierung missverstanden wird und die Umsetzung unnötig kompliziert ist.

Wir begrüßen ausdrücklich die Änderung in Abs. 4 Satz 1. Der persönliche Anwendungsbereich wird auf alle öffentlichen Auftraggeber ausgeweitet. Dies ist dringend erforderlich, denn der überwiegende Teil der öffentlichen Vergaben ist bisher nicht erfasst. Somit gelten zumeist weder die Tariftreueregelung noch der vergabespezifische Mindestlohn. Da die übergroße Mehrheit der öffentlichen Auftraggeber auch nicht von der Kann-Bestimmung in Abs. 7 Ge-

brauch macht und sich der Verantwortung für die Arbeitsbedingungen entzieht, muss der Anwendungsbereich ausgeweitet werden.

Wir begrüßen nachdrücklich die Klarstellung, wie „einschlägiger und repräsentativer mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag“ zu verstehen ist und welche Tarifvertragsbestandteile tatsächlich in Anwendung zu bringen sind. Wir gehen davon aus, dass auch die aktuelle Regelung wonach das „vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen“ ist, bedeutet, dass die Arbeitnehmer*innen bei der Ausführung das „Entgelt derjenigen Lohngruppe, in die sie entsprechend ihrer Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung einzugruppieren wären“ zu erhalten haben. Wir wissen aber, dass dies teilweise missverstanden wird und betrachten die vorgesehene gesetzgeberische Klarstellung daher als erforderlich.

In diesem Sinne ist auch der neue Satz 2 zu begrüßen, womit klargestellt wird, dass auch die Verpflichtung zur Zahlung von Zuschlägen besteht. Die neuen Sätze 4 und 5 sind ebenfalls zu begrüßen, da eine weitere Annäherung an tarifvertragliche Regelungen ermöglicht wird, was verhindert, dass dauerhaft Arbeitnehmer*innen unterhalb tariflicher Standards im öffentlichen Auftrag eingesetzt werden.

Zu begrüßen ist weiterhin, dass die antragstellenden Fraktionen einen vergabespezifischen Mindestlohn vorschlagen, der deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Allerdings sind 13,50 Euro zu gering. Seit der Veröffentlichung des Evaluationsgutachtens 2022 ist ca. ein Jahr vergangen. Die Preise liegen im Juli 2023 um 6,2 Prozent über den Preisen des Vorjahresmonats. Dabei sind Beziehende kleiner Einkommen stärker von der Inflation betroffen, da sie anteilig mehr von ihrem Einkommen für Lebensmittel und Energie/Kraftstoffe ausgeben. **Wir haben deswegen bereits gegenüber dem Gutachter einen vergabespezifischen Mindestlohn i. H. v. 14,36 € pro Stunde für das Jahr 2023 vorgeschlagen. Diesen Betrag halten wir weiterhin mindestens für erforderlich.**

Wir schlagen darüber hinaus vor, § 10 Abs. 4 Satz 11 zu streichen. Falls eine ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch eine Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde, liegt und sich hieraus ein Mindeststundenentgelt ergibt, verpflichtet dies ohnehin alle Arbeitgeber. Diese gesetzliche Anordnung wird durch die deklaratorische Tariftreueregelung in § 10 Abs. 1 nur wiederholt.

Die echte Tariftreueregelung aus § 10 Abs. 4 geht aber darüber hinaus. Während nach dem Tarifvertragsgesetz allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge oder Rechtsverordnungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unabhängig von öffentlichen oder privaten Aufträgen gelten, dient die Tariftreueregelung in § 10 Abs. 4 gerade dazu, höhere Schutzstandards für die Arbeitnehmer*innen bei der Erledigung öffentlicher Aufträge festzulegen. Dieses Prinzip wird durch Regelung in Satz 11 durchbrochen. Der Schutzstandard wird in den betreffenden und sehr vergaberelevanten Branchen auf das gesetzliche Minimum reduziert.

In der Folge ist unter Nr. b) bb) nach „oder 10“ ein „.“ zu machen und auf den letzten Halbsatz zu verzichten.

Zu Nr. 5

Die Änderung ist sinnvoll und erforderlich. Bei einem Betreiberwechsel in Folge der Neuvergabe von Verkehrsdienstleistungen verlieren die bisher dazu Beschäftigten regelmäßig ihre Arbeitsplätze. Angesichts des Umfangs der Verkehrsleistungen, die pro Ausschreibung vergeben werden, kann das Personal nicht adäquat anderweitig eingesetzt werden.

Damit verbindet sich eine besondere Verantwortung der Auftraggeber für betroffene Beschäftigte. Auf der anderen Seite können die Unternehmen, die Ausschreibungen gewinnen, das erforderliche Fachpersonal regelmäßig nicht in kurzer Zeit am Arbeitsmarkt rekrutieren und daher die Leistungen aufgrund von Personalmangel nur eingeschränkt erbringen. Die Verpflichtung zur Übernahme der Arbeitnehmer*innen des bisherigen Betreibers zu den bisher gewährten Arbeitsbedingungen schafft auf allen Seiten Sicherheit. Gleichzeitig wird verhindert, dass Dumping-Angebote zu Lasten der Beschäftigten unterbreitet werden.

Klargestellt werden sollten, dass die Übernahmeverpflichtung nicht nur für das fahrende Personal, sondern auch für sonstige Beschäftigte, wie Werkstätten und Reinigungsdienste, gilt.

Zu Nr. 13

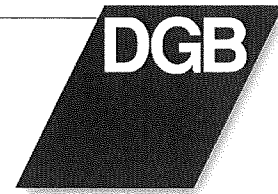
Die Durchführung von Kontrollen ist tatsächlich unbedingt erforderlich. Aktuell werden Verstöße gegen Vergabebestimmungen regelmäßig nicht festgestellt, weil sich Auftraggeber unzuständig fühlen.

Es darf aber nicht verkannt werden, dass angesichts der personellen Ausstattung der Vergabestellen, dem generellen Mangel an Fachpersonal und den betriebswirtschaftlichen, arbeits-, tarif- und sozialrechtlichen Kenntnissen, die die Kontrollen erfordern würden, die Auftraggeber oft tatsächlich nicht in der Lage sind, diese effektiv durchzuführen. Das wissen die Auftragnehmer auch.

Wir empfehlen deswegen den Aufbau einer landesweit tätigen Kontrolleinheit, die die Vergabestellen unterstützt bzw. unabhängig prüft. Wenn Kapazitäten aufgebaut worden sind, sollten Kontrollquoten vorgegeben werden, die „stichprobenartig“ konkretisieren.

Zu Nr. 14 d)

Die Regelung ist zu begrüßen. Nicht nur wird bisher i. d. R. nicht bekannt, dass ein Auftragnehmer bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen gegen Verpflichtungen aus dem ThürVgG verstoßen hat. In der Praxis stellt sich der Ausschluss von Unternehmen durch andere öffentliche Auftraggeber schwierig dar und ist mit Unsicherheiten behaftet. Eine gesetzliche Klarstellung in Abs. 3 Satz 1 sowie das vorgesehene Register mit verlässlichen Informationen über das Vorliegen von Ausschlussgründen können hier helfen.



Darüber hinaus ist zu empfehlen, dass die vorgesehenen Gesetzesänderungen mit einer kurzen Begründung versehen werden, um die jeweilige Zielstellung zu verdeutlichen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen